Yvonne Magwas MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

CDU

MÄRZ 2019

Berlin-Brief

NEUES AUS BERLIN
UND DEM VOGTLAND

INHALTE DIESER AUSGABE:

Terminservice- und Versorgungsgesetz verabschiedet

3 Mrd. Euro für Künstliche Intelligenz

Nationale Dekade gegen Krebs gestartet

Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen

Bund stärkt Mobilitätsforschung

Fahrzeugzulassungen entbürokratisiert

Werkstattgespräche zu Migration, Sicherheit und Integration

Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche erhalten

Transplantationsgesetz verbessert

Vogtland profitiert vom Baukindergeld

Business-Frauen-Lunch

Goldbeck investiert in Standort

Anbau für Falkensteiner Kita

Netzwerktreffen der Vorlesepaten

Junge Vogtländerin reist in die USA

Facebook / Termine

Bürgersprechstunde

Impressum

Yvonne Magwas MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-75637 · **Fax:** 030 227-76639
E-Mail: yvonne.magwas@bundestag.de

www.magwas.de

Foto: Tobias Koch

EDITORIAL

Liebe Vogtländerinnen und Vogtländer,

in diesen Tagen finden überall die Aufstellungen für die am 26. Mai stattfindenden Kommunalwahlen in Sachsen statt. Am 1. Februar haben wir als CDU Vogtland unser Kreistagswahlprogramm beschlossen und 58 Kandidatinnen und Kandidaten in den 12 Wahlkreisen für den Kreistag aufgestellt.

Auch ich bewerbe mich um ein Kreistagsmandat. Mir ist die ehrenamtliche kommunalpolitische Arbeit wichtig, die Rückbindung zur kommunalen Ebene sehr wertvoll. Bereits vor meiner Zeit als Bundestagsabgeordnete war ich als Stadträtin in Auerbach, Ortschaftsrätin in Rebesgrün und Kreisrätin aktiv. Es hat mir immer große Freude bereitet, hier ehrenamtlich unsere Heimat mitzugestalten.

Unser Wahlprogramm wurde erstmals gemeinsam mit den Vogtländerinnen und Vogtländern in öffentlichen Diskussionsrunden erarbeitet. Unter dem Motto #miteinander im Vogtland wollen wir unsere Heimat weiter zu einer lebenswerten und familienfreundlichen Region mit Zukunft gestalten. Das gesamte Programm finden Sie unter www.cdu-vogtland.de. Apropos ländliche Regionen. Kürzlich mussten wir die These einiger verirrter Wirtschaftswissenschaftler lesen, „das Bestehen auf gleichwertige Lebensverhältnisse führe in die Irre“ und das Erhalten von Arbeitsplätzen in ländlichen Regionen „auf Teufel komm raus, sollte aufhören.“ Ich sage dazu entschieden „Nein“. Es sind gerade die ländlichen Regionen und ihre Menschen, die große Potenziale haben, Innovationen hervorzubringen. Schauen wir uns im Vogtland um, schauen wir z.B. zu GK Software nach Schöneck, zu e-Control nach Oberlosa, zu Pongs nach Mühltroff, in den Musikwinkel oder zu den Kältetechnikern nach Reichenbach - die Aufzählung könnte ich fortsetzen; alles Preisträger, weltweite Marktführer, Innovationsgeber in ihren Branchen. Unsere Menschen leben gern in ihrer Heimat, viele kommen auch aus Großstädten zurück und wollen gestalten. Das werden wir natürlich nicht aufgeben, sondern den Weg konsequent und aktiv weiter bestreiten.

Vom Vogtland ins politische Berlin. Die neue Bundesregierung ist nun seit einem Jahr im Amt. In dieser Zeit hat die schwarz-rote Koalition bereits viele gute Vorhaben auf den Weg gebracht. In meinem Berlin-Brief berichte ich regelmäßig dazu. Auch auf den nächsten Seiten können Sie wesentliche Initiativen und Gesetzgebungen erfahren.

Wir arbeiten weiter intensiv daran, den Koalitionsvertrag, unser Arbeitsprogramm, umzusetzen, am besten ohne Aufregung und ohne Personaldebatten.

In diesem Sinne wünsche ich gute Lektüre und stehe wie stets zum Austausch zur Verfügung.

Ihre Yvonne Magwas

NEUES AUS BERLIN

Schnellere Termine - Bessere Versorgung auf dem Land: Terminservice- und Versorgungsgesetz verabschiedet

Der Deutsche Bundestag hat das Terminservice– und Versorgungsgesetz (TSVG) verabschiedet. Hier die Antworten auf die dringendsten Fragen:

Viele Patienten kritisieren, dass sie in dringenden Fällen zu lange auf einen Termin warten. Wie wird hier für Abhilfe gesorgt?

Um Wartezeiten zu verkürzen, setzen wir gleich an mehreren Punkten an. Zunächst bauen wir die Terminservicestellen aus, die bereits heute Patienten einen Termin beim Arzt vermitteln. Die Terminservicestelle wird künftig unter der bundesweit einheitlichen Rufnummer 116117 24 Stunden täglich an 7 Tagen in der Woche erreichbar sein. In Akutfällen wird Patienten über diese Stelle ein Termin vermittelt – entweder in einer normalen Arztpraxis, in einer Portal- oder Bereitschaftsdienstpraxis oder in einer Notfallambulanz. Zudem vermitteln diese Stellen künftig nicht nur Termine bei Fach- und Hausärzten, sondern unterstützen Versicherte auch bei der Suche nach einem Kinder– oder Hausarzt, der die Patienten dauerhaft versorgt. Eine Verbesserung des Zugangs zur medizinischen Versorgung für gesetzlich Versicherte erreichen wir auch dadurch, dass wir die Mindestsprechstundenzeit bei Ärzten von 20 auf 25 Stunden erhöhen.
Viele Patienten wenden sich bei unklaren Beschwerden nicht immer gleich an den richtigen Facharzt. Um solche Irrtümer besser zu vermeiden, erhalten Patienten, die den hausarztzentrierten Versicherungstarif gewählt haben und sich dementsprechend bei gesundheitlichen Problemen in der Regel zuerst an einen Hausarzt wenden, künftig 50 Prozent der Gewinne zurück, die ihre Kassen dadurch erwirtschaften.

Wann kommt die elektronische Patientenakte?

Wir verpflichten die gesetzlichen Krankenkassen, ihren Versicherten spätestens ab dem Jahr 2021 eine elektronische Patientenakte zur Verfügung zu stellen. Damit können Patientinnen und Patienten jederzeit auf ihre medizinischen Daten zugreifen. Der Datenschutz muss natürlich gewährleistet sein.
Langfristig sollen Versicherte auf ihrer elektronischen Patientenakte wichtige Informationen speichern können - z.B. medizinische Daten, die in einer Notsituation lebensrettend sein können, aber auch Befunde, Diagnosen oder Behandlungsberichte. Lebenswichtig kann auch der Medikationsplan sein. Er informiert Patienten darüber, wann sie welche Medikamente einnehmen müssen. Und er hilft Ärzten, Medikationsfehler zu vermeiden – also Medikamente zu verschreiben, die keine Wechselwirkungen mit anderen Arzneimitteln, die der Patient bereits nimmt, auslösen.
Mit der elektronischen Patientenakte sorgen wir zudem für eine bessere Vernetzung der unterschiedlichen Leistungsanbieter im Gesundheitssystem. Ihnen erleichtern wir die Datenübermittlung, natürlich ebenfalls unter Wahrung des Datenschutzes.

Wie wird die Versorgung der Patienten auf dem Land verbessert?

Eine medizinisch gute Versorgung der Menschen, die auf dem Land leben, ist ein wichtiges Anliegen. Wir werden Ärztinnen und Ärzte, die sich in wirtschaftlich schwächeren Räumen niederlassen, mit regionalen Zuschlägen besser vergüten. Die Bundesländer erhalten außerdem die Möglichkeit, die Zulassungssperren für die Neuniederlassung von Ärztinnen und Ärzten in strukturschwachen Gebieten aufzuheben. Damit können sich Ärzte künftig auch in Bereichen ansiedeln, in denen das bislang nicht mehr möglich war.
Weitere Chancen für eine bessere Versorgung auf dem Land sehen wir auch in der Telemedizin. Gerade für ältere Patienten hat sie den Vorteil, dass sie sich nicht mehr bei jeder Nachfrage oder Nachuntersuchung auf den Weg zu ihrem Arzt machen müssen. Vieles ist auch heute schon möglich - beispielsweise über eine Videosprechstunde.
Außerdem soll verhindert werden, dass Patienten für einen Termin beim Spezialisten lange warten oder weite Strecken zurücklegen müssen. Hier schaffen wir Abhilfe, indem wir sogenannte Telekonsile nutzen. Z.B. können behandelnde Ärzte zur Beurteilung eines Befunds Röntgen- und CT-Aufnahmen über das Internet Experten an einer Uniklinik vorlegen. Außerdem stellen wir uns vor, dass mobile Arztpraxen geschaffen werden oder dass die Kassenärztlichen Vereinigungen eigene Praxen auf dem Land einrichten.

NEUES AUS BERLIN

Investitionen in die Künstliche Intelligenz: 3 Mrd. Euro bis 2025 für innovative Technologie

Die Bundesregierung hat eine Strategie zur Förderung der Künstlichen Intelligenz (KI) in Deutschland entwickelt, über die der Bundestag debattiert hat. Investitionen in Zukunfts– und Schlüsseltechnologien sind entscheidend für eine gute Wirtschaft.

YVONNE MAGWAS:

„Die neuen Technologien brauchen ethische Leitplanken. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen.“

Die künstliche Intelligenz ist eines der wesentlichen Themen, die das Leben stark verändern wird. Ein intelligenter Kühlschrank, der anhand unserer Nutzergewohnheiten bei der Einkaufsplanung unterstützt, ist keine reine Phantasie mehr. Die mühsame Parkplatzsuche könnte mit Hilfe der neuen Technologie zum Kinderspiel werden.

Ziel: Forschungsstandort Deutschland

Mit der neuen Strategie zur Förderung der Künstlichen Intelligenz setzt die Bundesregierung einen Rahmen für die politische Gestaltung der weiteren Entwicklung und Anwendung Künstlicher Intelligenz in Deutschland. Ziel ist es, Deutschland als Forschungsstandort für Künstliche Intelligenz entscheidend zu stärken. So sollen beispielsweise 100 neue KI-Professuren entstehen. Ferner steht die Errichtung eines deutsch-französischen Forschungs– und Innovationsnetzwerks auf der Agenda. Zudem soll die Förderung der Anwendung von KI in der Wirtschaft, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen vorangetrieben werden. Bis einschließlich 2025 will der Bund etwas 3 Mrd. Euro für die Umsetzung der Strategie zur Verfügung stellen.

Nationale Dekade gegen Krebs gestartet: Bundesregierung forciert Krebsprävention und –forschung

Das Bundesforschungsministerium hat gemeinsam mit dem Bundesgesundheitsministerium und weiteren Partnern die „Nationale Dekade gegen Krebs“ gestartet.

Tumorerkrankungen sind bundeweit nach Herz– und Kreislauferkrankungen die zweithäufigste Todesursache. Um dies zu ändern, trafen sich auf Initiative von Bundesforschungsministerin Anja Karliczek Vertreter aus Wissenschaft, Gesundheitswesen, Politik und Gesellschaft zu ersten Gesprächen.

Prävention und Früherkennung verbessern

Gemeinsames Ziel ist es, möglichst viele Krebsneuerkrankungen zu verhindern und die Früherkennung zu verbessern. Zudem möchte das Bundesforschungsministerium den Transfer von Forschungsergebnissen in die klinische Praxis deutlich beschleunigen. Denn oftmals dauert es mehrere Jahre bis vielversprechende Therapien bei den Patienten ankommen. Diesen soll durch die „Dekade“ ein besseres Leben ermöglicht werden. Dafür stoßen die Partner Weiterentwicklungen in der Krebsforschung an. Es gilt, erfolgreiche Aktivitäten weiter zu stärken und zu bündeln. Die Krebsforschung soll gerade in den Bereichen Prävention, Früherkennung, Diagnostik und Innovation gezielt vorangetrieben werden. „In der Forschung besteht noch Luft nach oben. Eine enge Verzahnung von Forschung und Versorgung ist dringend notwendig“, so das Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung Yvonne Magwas.

NEUES AUS BERLIN

Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen: Unionsfraktion legt Positionspapier vor

Zehntausende Kinder und Jugendliche erleiden jedes Jahr sexuelle Gewalt in der Familie, im sozialen Umfeld, in Einrichtungen sowie bei der Nutzung digitaler Medien. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nimmt dieses Thema sehr ernst und hat konkrete Vorschläge gemacht, wie man Kinder besser schützen und Betroffenen effizienter helfen kann.

„Es sind weitere Schritte nötig, um den Schutz der Schwächsten unserer Gesellschaft, den Kindern, zu verbessern", so Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas. Allein für 2017 weist die Kriminalstatistik 13.500 angezeigte Fälle auf. Das im Februar vorgelegte Positionspapier der Unionsfraktion „Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen" gibt Antworten.

Hilfesysteme stärken und ausbauen

Fachberatungsstellen und Soforthilfen (Traumaambulanzen) sollen deutschlandweit ausgebaut werden, insbesondere im ländlichen Raum und den ostdeutschen Länder, wo es bisher noch mangelt. Der Fonds „sexueller Missbrauch" soll weitergeführt und die derzeitige Bearbeitungszeit halbiert werden. In Modellprojekten soll getestet werden, wie man alle relevanten Akteure wie Jugendamt, Vormund, Gericht, Polizei, Arzt und Psychologe unter einem Dach vereinen kann.

Ermittler stärken - Taten verhindern

Ermittlern muss im Kampf gegen Kinderpornographie ermöglicht werden, durch computergeneriertes - also nicht echtes - Material in das „Darknet" und andere Tauschplattformen zu gelangen. Bisher sind den Ermittlern hier die Hände gebunden, weil sie selbst kein Material hochladen dürfen. Des Weiteren brauchen Ermittler zur Strafverfolgung die Verbindungsdaten. Deshalb muss die derzeitige Aussetzung der verpflichtenden Speicherung dringend aufgehoben werden. Datenschutz darf nicht über Kinderschutz stehen! Auch auf europäischer Ebene muss dies geregelt werden. Zudem sollen Internetanbieter verpflichtet werden, Verdachtsfälle auf Kinder– und Jugendpornographie an das Bundeskriminalamt zu melden.

Konsequente Strafverfolgung ermöglichen

Beim sog. Cybergrooming (gezielte Kontaktaufnahme von Erwachsenen zu Minderjährigen im Internet aus sexuellen Motiven) soll zukünftig schon der Versuch strafbar sein. Derzeit sind Ermittlungen aufgrund der Straffreiheit bei untauglichen Versuchen nicht möglich. Auch muss der Strafrahmen für den Besitz von Kinderpornographie und sexuellen Missbrauch von Kindern erhöht sowie der Tatbestand des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen und Kindern in Abhängigkeitsverhältnissen verschärft werden. Das Betreiben von Plattformen, auf denen Straftaten verübt werden, soll zukünftig auch unter Strafe stehen.

Kinderschutz statt Täterschutz

Die Möglichkeiten bei der Untersuchungshaft müssen ausgedehnt werden, so z.B.: beim schweren sexuellen Missbrauch von Kindern. Außerdem sollen Verurteilungen wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern nicht aus dem Führungszeugnis gestrichen werden.

Prävention

Schutzkonzepte in Einrichtungen, Schulen, Behindertenhilfe usw. sollen verpflichtend und die Umsetzung kontrolliert werden. Zudem sollen ehrenamtliche Vormünder zukünftig ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen, wenn sie vom Familiengericht bestellt werden. Die Modellprojekte zur Behandlung von Patienten mit pädophilen Sexualstörungen werden bei positiver Evaluation Kassenleistung und deutschlandweit etabliert. Weitere Punkte sind u.a. die Wissenschaftsarbeit voranzutreiben, den Jugendmedienschutz zu verbessern und technische Instrumente zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch im Internet zu fördern.

Effiziente Verfahren sicherstellen

Opfer von Gewalttaten sollen ihre Verletzungen anonym dokumentieren können, um Beweise zu sichern ohne den Zeitdruck einer Strafanzeige. Bei Hinweisen auf sexualisierte Gewalt bei familiengerichtlichen Verfahren muss ein Experte für Gewaltschutz hinzugezogen werden, um die Gefährdungslage einzuschätzen. Gemäß des Mainzer Modells sollen Opfer auch außerhalb des Gerichtssaals vernommen werden können.

NEUES AUS BERLIN

34 Mio. Euro für nachhaltige urbane Mobilität: Bund stärkt die Mobilitätsforschung

Das Bundesforschungsministerium wird die Mobilitätsforschung durch die Agenda „Nachhaltige Urbane Mobilität“ stärken. Dafür stehen in dieser Legislaturperiode 34 Mio. Euro bereit.

Die Mobilität ist im Wandel: Automatisierung kann das Fahren sicherer machen. Gleichzeitig wandelt sich die Einstellung vieler Menschen. Sie suchen Mitfahrgelegenheiten. Das Bundesforschungsministerium wird daher die Mobilitätsforschung durch die Agenda „Nachhaltige urbane Mobilität“ stärken. Dafür stehen in dieser Legislaturperiode 34 Mio. Euro bereit.

Systemischen Ansatz verfolgen

„Technologische Ansätze allein reichen nicht aus, denn Technik muss auch von den Menschen akzeptiert werden. Sie muss auf individuelle Wünsche passen“, so Yvonne Magwas, die Mitglied im Forschungsausschuss ist. Das Bundesministerium setzt auf einen systemischen Ansatz. Nachhaltigkeit bedeutet hier, dass die individuellen Bedürfnisse nach Mobilität und Teilhabe erfüllt werden, die Umwelt– und Lebensqualität steigt sowie der Wirtschaftsstandort attraktiv bleibt. In einem ersten Schritt werden Kommunen dabei unterstützt, zusammen mit Akteuren aus der Wirtschaft und Wissenschaft die Anforderungen an nachhaltige Mobilität zu vereinbaren. Ziel der Forschungsagenda ist es, Nachhaltigkeitsinnovationen in die kommunale Praxis zu bringen. Derzeit bestehen zwei Fördermaßnahmen.

Zwei Fördermaßnahmen

Bei der ersten Phase „MobilitätsWerkStadt 2025“ werden bis zu 50 Kommunen ausgewählt, ein Konzept für nachhaltige Mobilität mit relevanten Akteuren in der Region zu entwickeln. In der zweiten Phase werden dann 15 Kommunen auf Basis ihrer Konzepte für eine drei Jahre dauernde Förderung ausgewählt. Die Bewerbungsfrist für Skizzen endet am 31. März.
Die Förderrichtlinie „MobilitätsZukunftsLabor 2050“ setzt dagegen auf den Verbund von Kommunen mit Hochschulen, Unternehmen und gesellschaftlichen Organisationen. Diese sollen Forschungsprojekte erarbeiten, die grundsätzliche Fragen der Mobilität betreffen. Mehr Infos unter:
https://www.e-mobilbw.de/de/aktuelle-meldungen/meldungen-detail/neue-foerderlinien-mobilitaetszukunftslabor-2050-und-mobilitaetswerkstadt-2025.html

Bürokratieentlastung bei Fahrzeugzulassungen: Bundeskabinett beschließt Erleichterungen

Das Bundeskabinett hat im Rahmen der i-Kfz Verordnung Bürokratieentlastungen bei Fahrzeugzulassungen beschlossen.

„Wir digitalisieren mit der i-Kfz Verordnung die Fahrzeugzulassungen in Deutschland“, so Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas. Zukünftig wird die Zulassung von Fahrzeugen für die Menschen über das Internet einfacher, bequemer und effizienter. Aufwendige Fahrten zu den Zulassungsstellen und lange Wartezeiten können endlich entfallen. Die internetbasierte Neuzulassung und Umschreibung von Fahrzeugen kann damit - wie im Koalitionsvertrag vereinbart - schnell umgesetzt werden.

YVONNE MAGWAS:

„Es ist wichtig, dass die Menschen durch die Digitalisierung Vorteile spüren und von Bürokratie entlastet werden.“

NEUES AUS BERLIN

Migration, Sicherheit und Integration: Werkstattgespräch der CDU in Berlin

Mitte Februar hat die CDU auf einem Werkstattgespräch zu den Themen Migration, Sicherheit und Integration breit diskutiert. Eingeladen dazu hatte die Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer.

Zwischen 2015 und 2017 hatten wir eine Gesamtmigration von 4,5 Mio. Menschen: 2,5 Mio. durch EU-Binnenmigration, 1,5 Mio. durch Flucht und Asylbewerber, 0,5 Mio. durch Erwerbs- oder Bildungszuwanderung. Als Volkspartei ist es unsere Aufgabe, dass wir uns diesen Herausforderungen stellen und Lösungen finden. Diese Lösungen müssen auf der einen Seite national funktionieren und Sicherheit garantieren. Auf der anderen Seite müssen diese Lösungen dazu beitragen, dass wir einen zweiten Schutzmantel – ein starkes und funktionierendes Europa – dadurch nicht aufgeben oder gefährden. Diesen Spagat müssen wir in unserer Migrations- und Sicherheitspolitik gewährleisten.
In der Migrationspolitik ist es die Aufgabe der Union, verbindende Lösungen zu finden. Wir müssen Humanität und Härte vereinen, also gleichzeitig die Menschenwürde jedes Einzelnen achten, aber dennoch auf allen Ebenen konsequent handeln.
Wir haben aus dem Jahr 2015 gelernt. Seitdem haben wir in Deutschland und Europa den gesetzlichen Rahmen sowie die Strukturen und Instrumente zur wirksamen Steuerung, Ordnung und Begrenzung der Migration stark weiterentwickelt. Dadurch sind andere politische Entscheidungen möglich, in der letzten Konsequenz, wenn notwendig auch im Hinblick auf Kontrollen und Zurückweisungen an den deutschen Grenzen.
Wir brauchen ein umfassendes und in sich schlüssiges Migrationsmonitoring für alle Formen der Migration, inklusive der Reisebewegungen. Damit sollen Migrationsbewegungen und entstehende Brennpunkte in einem Frühwarnsystem sichtbar gemacht werden.

Wir wollen Schengen vollenden:

- einmaliges Asylverfahren innerhalb der EU mit gemeinsamen Standards
- europäische Grenzagentur FRONTEX zu operativen Grenzpolizei ausbauen.
- Schaffung eines elektronischen Ein– und Ausreiseregisters auf EU-Ebene
- Prüfung des Einreisegrundes (Asyl, Flucht oder andere Gründe) an den Außengrenzen des Schengenraums
- einheitliches Datensystem für nationale und internationale Behörden

Wir wollen Migration in und nach Deutschland ordnen, steuern und begrenzen:

- weiter beschleunigte Asylverfahren
- Attraktivität Deutschlands für Nichtschutzberechtigte weiter verringern
- intelligente Grenzüberwachung und Kontrollen entlang der Reisewege
- Möglichkeit, deutlich spürbare Sanktionen bei gewalttätigem Verhalten, Täuschen bei vorhandenen Finanzmitteln, Pflichtverletzung der Wohnsitzauflage oder Nicht-Mitwirkung im Asylverfahren
- Ausweisung Straffälliger erleichtern; sofortige Ausweisung bei Gewalt gegen Polizisten, Sexualstraftaten sowie Strafen über 90 Tagessätzen.

Wir wollen die Ausreisepflicht besser durchsetzen:

- Abschiebehaft ermöglichen für Ausreisepflichtige die sich Abschiebung entziehen .
- Ausreisegewahrsam ausweiten und Sicherungshaft erleichtern
- Sanktionierung für nicht kooperative Staaten in den Bereichen Passwesen und Identitätsfeststellung
- Leistungskürzung bei selbstverschuldeter Verzögerung der Ausreise

Wir wollen Integration weiter stärken:

- Kommunen als Integrationskoordinatoren
- Bund und Länder zuständig für Aufenthalt und Rückführung
- Prinzip des Fördern und Fordern konsequent anwenden: Von Anfang an Vermittlung von Sprache und Werten bei wirksamen Leistungskürzungen für Integrationsverweigerer

NEUES AUS BERLIN

Bessere Ausstattung von Polizei und Justiz: Pakt für den Rechtsstaat kommt voran

Der Pakt für den Rechtsstaat ist das zentrale rechtspolitische Projekt der Koalition. Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Länderchefs haben diesen kürzlich geschlossen und konkrete Vereinbarungen getroffen.

Beiden ist die Bedeutung des Rechtsstaates für die demokratische Gesellschaft bewusst. Der Rechtsstaat muss schlagkräftig gegenüber kriminellen Strukturen sein. Es braucht mehr Personal, bessere Ausstattung, effizientere Verfahren sowie mehr Opferschutz und Prävention.

2.000 neue Richterstellen schaffen

Die Länder verpflichten sich, insgesamt 2.000 Stellen für Richter und Staatsanwälte bei den Gerichten zu schaffen. Das Personal des Generalbundesanwaltes wurde mit dem Haushalt 2019 bereits aufgestockt.

YVONNE MAGWAS:

„Der Rechtsstaat muss gegenüber Jedem geltende Gesetze konsequent durchsetzen. Dafür brauchen wir mehr Personal und schnellere Verfahren.“

Bei der Polizei und sonstigen Sicherheitsbehörden sollen insgesamt noch einmal weitere 15.000 Stellen entstehen, 7.500 beim Bund. Darüber hinaus werden im Strafrecht die rechtlichen Grundlagen für schnellere und effektivere Verfahren verbessert. Weitere Kernpunkte sind die Digitalisierung der Arbeit in den Sicherheitsbehörden und Gerichten sowie die Stärkung des Opferschutzes. „Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger ist eine zentrale Aufgabe des Staates“, betont Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas.

Stasi-Akten werden dauerhaft gesichert: Bundesbeauftragter übergibt Konzept

Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und der Präsident des Bundesarchivs haben ihr gemeinsames Konzept für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen an den Deutschen Bundestag übergeben.

Das vorliegende Konzept ist der Grundstein für die Sicherung, den Erhalt und die künftige Nutzung der Stasi-Unterlagen. Besonders wichtig: Den Opfern von Bespitzelung durch die Stasi bleibt uneingeschränkter Zugang zu den Akten erhalten. „Wir werden das Konzept nun intensiv unter Einbindung der Opferverbände beraten“, so Kulturpolitikerin Yvonne Magwas.

Interessen der Opfer im Mittelpunkt

30 Jahre nach der Friedlichen Revolution werden die Weichen für die künftige historische Arbeit neu gestellt. Dabei sollen die Interessen der Opfer im Mittelpunkt stehen. Genauso wichtig ist es, die Akten Historikern und Forschern zu öffnen. Die hochwertige Arbeit des Bundesarchivs wird helfen, die alternden Aktenbestände zu erhalten und zu sichern. Im Juni 2016 hatte die Koalition ein gemeinsames Konzept des Beauftragten für die Stasi-Unterlagen und des Bundesarchivs gefordert. „Das Ausmaß des SED-Unrechts muss für die Zukunft erhalten und sichtbar gemacht werden. Auch kommende Generationen müssen über Diktaturen aufgeklärt werden und erfahren, wie wichtig es ist, sich für Demokratie und Menschenrechte einzusetzen“, so Yvonne Magwas.

Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas mit dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn im Deutschen Bundestag

NEUES AUS BERLIN

Ungeborenes Leben auch zukünftig geschützt: Werbung für Schwangerschaftsabbrüche weiter verboten

Der Deutsche Bundestag hat Verbesserungen bei der Information über Schwangerschaftsabbrüche verabschiedet. Das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche bleibt erhalten.

„Ich begrüße, dass das Verbot der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche erhalten bleibt. Das ungeborene Leben wird auch so zukünftig geschützt. Das steht für mich an oberster Stelle!“, so die Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Frauen der Unionsfraktion Yvonne Magwas.

YVONNE MAGWAS:

„Für Frauen ist es unerlässlich, dass ihnen umfassend und sachgerecht geholfen wird.“

Besserer Informationszugang für Frauen

Die Konfliktberatung in anerkannten Beratungsstellen in ihrer Bedeutung als umfassende, ergebnisoffene Familienberatung verliert nicht an Bedeutung und Wichtigkeit. Familien werden in diesen Situationen nicht allein gelassen. Zudem wird der Zugang zu Information verbessert. Und es schafft Rechtssicherheit für Ärzte: Ärztinnen und Ärzte dürfen auf ihrer Homepage darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Weitere Informationen bleiben der Bundezentrale für gesundheitliche Aufklärung und der Bundesärztekammer vorbehalten. Diese erstellt monatlich eine aktuelle Liste und veröffentlicht diese im Internet.

Zahl der Organspender erhöhen: Änderung des Transplantationsgesetzes beschlossen

Der Deutsche Bundestag hat eine Änderung des Transplantationsgesetzes beschlossen. In einem ersten Schritt verbessert die Koalition die Prozesse in Krankenhäusern.

Um die Zahl der Organspenden nachhaltig zu erhöhen, müssen wir die Strukturen in den Krankenhäusern verbessern“, so die Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas. Denn tatsächlich ist die grundsätzliche Spenderbereitschaft bei den Menschen hoch, scheitert jedoch oft an den Bedingungen.

Bessere Vergütung für Krankenhäuser

Das Gesetz sieht neue Vergütungsregeln für Kliniken vor. Bisher war eine Organentnahme defizitär für die Entnahmekrankenhäuser. Nun werden die anteiligen Kosten für die Kliniken vollständig refinanziert. Durch eine Freistellungsregelung für die Transplantationsbeauftragten in den jeweiligen Entnahmekrankenhäusern, sollen Ärzte und Pflegekräfte zukünftig mehr Zeit haben, mögliche Organspender zu identifizieren. Insbesondere kleinere Kliniken erhalten hier zusätzliche Hilfe durch einen ärztlichen Rufbereitschaftsdienst.

Betreuung der Angehörigen geregelt

Erstmals wird auch die Betreuung der Angehörigen von Organspendern und den Organempfängern gesetzlich geregelt. So soll u.a. ein Austausch von Angehörigen von Organspendern und Organempfängern mittels anonymisierter Briefe möglich sein. Ein solcher Austausch ist für viele Betroffene von großer Bedeutung.

NEUES AUS BERLIN

Kultur im ländlichen Raum: Mehr Freiraum für das Ehrenamt

Der Deutsche Bundestag hat den Koalitionsantrag „Kultur in ländlichen Räumen stärken - Teilhabe ermöglichen“ debattiert. Für die Union darf es kulturelle Angebote nicht nur in den Ballungsgebieten geben, sondern auch in der Fläche.

„Mit unserem Antrag setzen wir einen Schwerpunkt bei der Kulturförderung im ländlichen Raum und lösen damit die Zusage gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ein“, so die Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Kulturausschuss Yvonne Magwas.

Kultur ohne Ehrenamt nicht denkbar

Engagierte vor Ort unterstützen und initiieren kulturelle Projekte, sei es in Orchestern, Chören, Theater– und Tanzgruppen, Heimat- und Kulturvereinen. Wer diese Vielfalt erhalten und stärken will, muss das Ehrenamt entlasten - von Bürokratie, von Kosten, von organisatorischen Hürden. „Regelungen müssen entbürokratisiert und der Rechtsrahmen für ehrenamtliche Betätigung verbessert werden. Hierzu erwarten wir Vorschläge der Bundesregierung“, so die Kulturpolitikerin weiter.

Erfolgreiche Programme fortführen

Mit dem Erfolgsprogramm „Trafo – Modelle für Kultur im Wandel“ fördert die Kulturstiftung des Bundes Kultureinrichtungen in ländlichen Regionen mit bis zu 22,8 Mio. Euro. 2018 wurde das Programm auf weitere Regionen erweitert. Das Denkmalschutzsonderprogramm fördert deutschlandweit nicht nur den Erhalt kulturellen Erbes, sondern schafft auch Orte für gemeinsame kulturelle Erlebnisse. Noch in diesem Jahr geht zudem das Zukunftsprogramm Kino an den Start. Es wird einen wichtigen Beitrag leisten zum Erhalt des Kinos als Kultur– und Begegnungsort in der Fläche.

100.000 Euro für Musikschultaxi: Musikschule Rodewisch erhält Mittel vom Bund

Über die Förderung eines Musikschultaxis kann sich die Musikschule Rodewisch freuen. Die Mittel in Höhe von knapp 100.000 Euro kommen aus dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) des Bundeslandwirtschaftsministeriums.

Mit 99.993 Euro aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium kann die Musikschule Rodewisch nun ein sogenanntes Musikschultaxi starten. Die Fördersumme ermöglicht es der Musikschule drei Jahre lang das Betreiben eines Fahrdienstes für Musikschüler. Abgedeckt sind damit die Kosten für ein Fahrzeug sowie entsprechendes Personal.

Erreichbarkeit der Musikschule verbessern

„Ich habe mich sehr gefreut, als ich den Brief von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner erhalten habe, in dem sie mir mitgeteilt hat, dass sich die Musikschule Rodewisch erfolgreich um Mittel aus dem Bundesprogramm BULE beworben hat. Seit dem 4. März transportiert das kostenfreie „Sammeltaxi“ in Form eines Kleinbusses Musikschüler zur Musikschule in Rodewisch und ihren Außenstellen. Damit wird die Teilhabe am kulturellen Leben in der Region verbessert.

YVONNE MAGWAS:

„Das Projekt hat Vorbildcharakter. Es ist Förderung des ländlichen Raumes pur.“

Das Programm BULE des Landwirtschaftsministeriums hat das Ziel, ländliche Regionen durch Unterstützung bedeutsamer Initiativen als attraktive Lebensräume zu erhalten und weiterzuentwickeln.

NEUES AUS BERLIN

Besuch aus der Heimat: Yvonne Magwas empfängt Vogtländer im Parlament

Anlässlich der Grünen Woche konnte Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas auch in diesem Jahr Schülerinnen und Schüler der Fachschulklasse Landwirtschaft aus Plauen in Berlin begrüßen. Es wurde über die Herausforderungen der Landwirte, die Zukunft der Sozialversicherungssysteme und auch Frauenpolitik gesprochen. Die Gäste wohnten zudem einer Plenarsitzung bei und besichtigten die Reichstagskuppel.

Schön war es eine Delegation sächsischer Carnevalisten in Berlin begrüßen zu dürfen. Prinz und Prinzessin waren auch dabei, und natürlich durften auch die vogtländischen Carnevalisten nicht fehlen. Eine schöne Session - Saxonia Helau! VVC olé!

Politik hautnah erleben: Junger Vogtländer absolviert Praktikum im Berliner Büro

Lukas Lorber aus Treuen absolvierte im Februar ein einwöchiges Praktikum im Berliner Büro der Bundestagsabgeordneten Yvonne Magwas. Der 16-jährige Schüler ist Mitglied im vogtländischen Kreisschülerrat und freute sich darauf, Bundespolitik hautnah mit erleben zu dürfen.

Während seines Praktikums lernte Lukas Lorber die tägliche Arbeit seiner Abgeordneten und deren Mitarbeitern kennen. Er nahm an Arbeitsgruppen– und Ausschusssitzungen teil und verfolgte auch Plenardebatten. Zudem beteiligte er sich an einer Sitzung der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an zahlreichen Fachgesprächen. Aber auch die Büroarbeit kam nicht zu kurz: So half er bei der Organisation und führte Rechercheaufträge aus. Resümierend sagt der Schüler: „Ich werde ewig von dieser Woche profitieren und habe eine Menge über Politik, Deutschland, die Welt, Diskussion und Debatten gelernt. Jetzt ist es möglich, vieles besser einzuordnen, da man die Hintergründe kennt.“ Auch Yvonne Magwas ist von dem Treuener begeistert: „Danke lieber Lukas für dein Interesse, deine offene Art und deine Mitarbeit.“ Schon jetzt freut sich die Abgeordnete, Lukas Lorber im Juni im Rahmen des Programms „Jugend und Parlament“ im Bundestag wieder begrüßen zu dürfen.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Große Nachfrage: Vogtlandkreis profitiert vom Baukindergeld

Mehr als drei Millionen Euro an Förderzuschüssen konnten 2018 für vogtländisches Wohneigentum über das neue Programm Baukindergeld bewilligt werden.

Einen guten Start erzielte das Förderprogramm „Baukindergeld“ im Vogtland. Laut KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) worden in den ersten drei Monaten (September bis Dezember 2018) 146 Anträge auf Unterstützung bei der Finanzierung eigener Vier-Wände erfolgreich gestellt. Bundesweit konnten seit dem in Krafttreten am 18. September 2018 sogar 56.000 Förderzusagen erteilt werden.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Das Baukindergeld wirkt in unserer Heimat. Wir können damit gezielt Familien im ländlichen Raum unter die Arme greifen.“*

„Mit dem Baukindergeld können wir bereits jetzt drei Millionen Euro für selbstgenutztes Wohneigentum im Vogtland verbuchen. Dies zeigt: Das Baukindergeld wirkt in unserer Heimat! Ich freue mich, dass wir damit gezielt Familien im ländlichen Raum unter die Arme greifen können“, so Bundestagesabgeordnete Yvonne Magwas.

Voraussetzungen für Förderung

Die staatliche Förderbank KfW ist im Auftrag des Bundes für die Vergabe des Baukindergeldes verantwortlich. Die Förderung soll Familien mit Kindern helfen, Wohneigentum zu finanzieren. Das kann eine Eigentumswohnung oder ein Haus, sowohl im Bestand als auch im Neubau sein. Pro Kind gibt es 12.000 Euro. Ausgezahlt wird die Summe in zehn jährlichen Raten zu je 1.200 Euro. Mit jedem weiteren Kind erhöht sich der Zuschuss insgesamt um 12.000 Euro. Das Baukindergeld wird flächendeckend in Deutschland bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 Euro zu versteuerndem Haushaltseinkommen pro Jahr und zusätzlich 15.000 Euro pro Kind gewährt. Ermöglicht wird die Förderung rückwirkend ab dem 01. Januar 2018. Anträge können noch bis zum 31. Dezember 2020 gestellt werden.

Weitere Informationen zum Baukindergeld
https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Neubau/Baukindergeld/

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Frauen besser vernetzen: Business-Frauen-Lunch Vogtland feiert Premiere

Fraueninitiativen werden in Wirtschaft und Gesellschaft noch zu wenig geschätzt und beachtet. Das soll sich ändern. Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas, Unternehmerin Mandy Turreck und die IHK haben es sich zum Ziel gemacht, ein Netzwerk für Frauen im Vogtland zu etablieren.

Austausch. Unterstützung. Ideen. Über 150 Unternehmerinnen, Führungspersönlichkeiten und Multiplikatorinnen aus dem Vogtland kamen Ende Januar zum 1. Business-Frauen-Lunch in den Räumlichkeiten der Regionalkammer Plauen zusammen. Die Idee stammt von Unternehmerin Mandy Turreck und Bundestagsabgeordneter Yvonne Magwas. Gemeinsam mit der IHK und dem Landratsamt organisierten sie das Netzwerktreffen. „Frauen gestalten unsere Gesellschaft auf allen Ebenen aktiv mit. Von Parität sind wir allerdings weit entfernt. In Schlüsselpositionen sind Frauen unterrepräsentiert. Das Netzwerk wollen wir nutzen, um zusammenzuarbeiten, uns gegenseitig zu unterstützen und gemeinsam wichtige (Frauen-)Themen voranzubringen. Die Arbeit der Frauen wollen wir sichtbar machen", so Yvonne Magwas.

Frauenbeteiligung ist Haltungsfrage

Laut dem Grundgesetz sind Frauen und Männer gleich. Dennoch sind Frauen häufiger von Armut und Gewalt bedroht als Männer. Frauen verdienen weniger und gelangen seltener in Führungspositionen als ihre männlichen Kollegen. Wie kann man das ändern?

> **YVONNE MAGWAS:**
>
> *„Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf keine Worthülle sein, sondern muss gelebte Praxis werden. Da ist noch Luft nach oben!“*

„Eine einfache Antwort gibt es nicht. Fest steht: Sowohl Politik als auch Gesellschaft müssen zusammenarbeiten. Frauen gleichermaßen zu beteiligen ist eine Haltungsfrage. Es müssen die passenden Rahmenbedingungen vorhanden sein. Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf keine Worthülle sein, sondern muss gelebte Praxis werden. Natürlich müssen Frauen auch wollen, wenn sie gefragt werden. Das Netzwerk soll die Möglichkeit bieten, weibliche Führungskräfte und Unternehmerinnen zu ermutigen. Viele von den Teilnehmerinnen haben im Laufe ihrer Karriere unterschiedliche Erfahrungen gemacht, Hindernisse überwunden. Dies kann für jüngere Frauen hilfreich sein“, erklärt die Bundestagsabgeordnete.

150 Frauen folgten der Einladung zum 1. Business-Frauen-Lunch-Vogtland getreu dem Motto: „Wenn Frauen nicht zu dem Tisch geladen sind, dann müssen sie eben ihren eigenen Tisch aufstellen.“ (Herzogin von Sussex)

Mehrfachfunktion erfolgreich bewältigen

Viele der Gäste sind als Frau in einer Mehrfachfunktion: Unternehmerin, Mutter, Ehefrau, Tochter. Allen Funktionen gerecht zu werden, ist herausfordernd. Mit dem Impulsvortrag „Die magischen Drei: Erfolgreich durch Bewältigung multifunktionaler Überlastung“ gab Wirtschaftswissenschaftlerin Dr. Andrea Ferber den Frauen praktikable Anregungen, wie sie hohe Komplexität gut und effizient managen können.

Sie möchten beim nächsten Treffen dabei sein? Dann melden Sie sich bitte bei IHK-Mitarbeiterin Yvonne Dölz unter der Nummer 03741 214-3301 oder via E-Mail an yvonne.doelz@chemnitz.ihk.de.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Mehr Raum für eine erfolgreiche Zukunft: Goldbeck investiert weiter am Standort Treuen

Für zehn Millionen Euro errichtete das Bauunternehmen Goldbeck für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein neues Bürogebäude. Nun konnte das Objekt im Treuener Gewerbegebiet eingeweiht werden.

18 Monate Bauzeit, 5000 Quadratmeter Nutzfläche, zehn Millionen Euro Kosten. Das Bauunternehmen Goldbeck bestreitet mit seinem neuen und modernen Bürogebäude zukunftsweisende Wege. Ministerpräsident Michael Kretschmer und Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas nahmen mit 100 weiteren geladenen Gäste an der Einweihungsveranstaltung Anfang März teil.

Raumkonzept setzt neue Maßstäbe

Der neue Bürokomplex bietet Platz für 220 Arbeitsplätze. Das Gebäude hat ein innovatives Raumkonzept, das nach modernsten Standards gestaltet wurde. Goldbeck gilt als Branchen-Vorreiter bei Bauwerksdatenmodellierung und Digitalisierung im Bauwesen (BIM).

YVONNE MAGWAS:

„Goldbeck bekennt sich mit der Investition einmal mehr zum Vogtland als Wirtschaftsstandort und stärkt damit den ländlichen Raum.“

Laut Jörg-Uwe Goldbeck, geschäftsführender Gesellschafter der Goldbeck GmbH, soll der Komplex beispielgebend für die Zukunftsorientierung des Unternehmens sein und junge, kreative Nachwuchskräfte gewinnen.

Bund, Land und Kommune arbeiten Hand in Hand: Falkensteiner Kita freut sich über Anbau

Anfang Februar konnte der Erweiterungsbau an der Kita "Knirpsenland" in Falkenstein eröffnet werden. Damit stehen zehn zusätzliche Plätze für die Betreuung der unter Dreijährigen zur Verfügung.

Mehr Platz für die Kinder und bessere Arbeitsbedingungen für die Erzieher. Mit der Investition in den Anbau der Kita „Knirpsenland“ investiert die Stadt Falkenstein in eine familienfreundliche Zukunft. Insgesamt belaufen sich die Kosten für die Erweiterung von 300 Quadratmetern auf 1,17 Mio. Euro. Über das Förderprogramm „Brücken in die Zukunft" gab es vom Bund 100.000 Euro dazu, der Freistaat Sachsen unterstützte das Projekt mit 508.000 Euro. Die weiteren Kosten übernimmt die Stadt Falkenstein. „Der Anbau der Kita zeigt, wie gut Bund, Land und Kommune zusammenarbeiten. Mein Dank gilt allen Beteiligten“, lobt CDU-Politikerin Yvonne Magwas.

Brücken in die Zukunft: Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas, Falkensteins Bürgermeister Marco Siegemund und Landtagsabgeordneter Sören Voigt gratulieren Kita-Leiterin Marion Hartlich zum neuen Anbau

In die Betreuung der 90 Kita- und 60-Krippen-Kinder soll noch mehr investiert werden, unter anderem ist eine neue Terrasse und die Anpassung des Brandschutzes geplant.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Netzwerktreffen im Vogtland: Vorlesepaten wollen „Kulturgut (Vor-)Lesen“ erhalten

Wie kann die Freude am Lesen und Vorlesen in unserer Heimat bewahrt werden? Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas bringt gemeinsam mit dem Plauener Vorleser Heribert Schäfer Vorlesepaten und Interessenten zusammen. Das Ziel: Kulturgut (Vor-)Lesen“ im Vogtland erhalten.

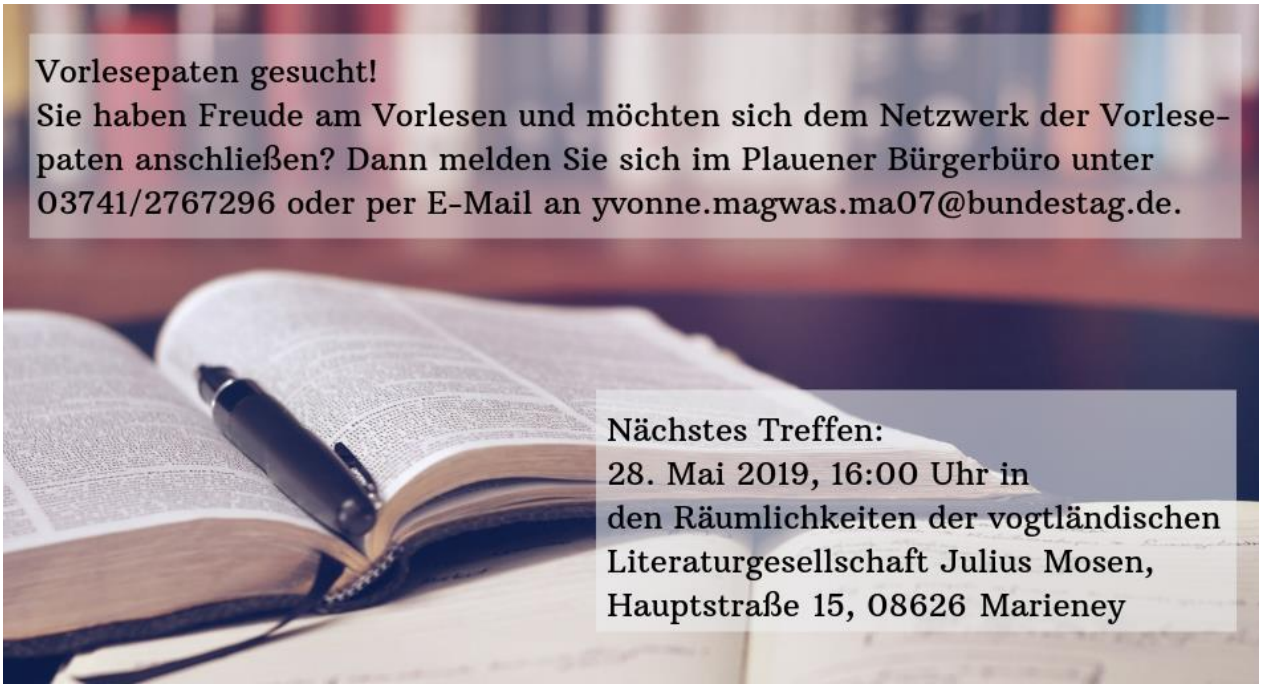
Wer ist Vorlesepate? Welche Einrichtung sucht Vorleser? Bislang fehlte es an einer vogtlandweiten Koordination. Das soll sich mit dem Netzwerk ändern. Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas und Vorlesepate Heribert Schäfer riefen dieses Jahr das Netzwerk „Vogtländische Vorlesepaten“ ins Leben. Besonders die Frage nach dem Vorlese-Nachwuchs treibt die Paten an. Wie kann man die Freude am Vorlesen weitergeben? Wo findet man potentielle Jugendliche, die sich als Vorleser aufbauen lassen? „Lesen ist Voraussetzung für Bildung, Berufszugang und gesellschaftliche Teilhabe. Den Grundstein dazu legen wir schon im Kindesalter. Mit Vorlesen fördern wir bei den Kleinsten die Sprachentwicklung und Fantasie. Leider fehlt es oft an der Zeit und dem Bewusstsein dafür. Deshalb erachten wir es als wesentlich, die Vorlesepaten besser zu vernetzen, um gemeinsam die Lesekompetenz bei uns im Vogtland zu fördern“, so Yvonne Magwas und Heribert Schäfer.

Mentoring-Projekt trägt erste Früchte

Das Netzwerk besteht aus mehreren ehrenamtlichen Vorlesepaten, Lese- und Literaturexperten sowie Interessierte, die sich vorstellen können selbst vorzulesen. „Wir haben zunächst intern ein Mentoring-Projekt gestartet. Bereits erfahrene Vorleser nehmen die Neulinge an die Hand, lassen sie an ihrer Erfahrung und Technik teilhaben. Dadurch konnten wir schon drei neue Vorlese-Paten gewinnen“, freut sich Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas. Nun müssen die Paten noch an potentielle Einrichtungen vermittelt werden. Mit einem Schreiben gehen die Lesefreunde aktiv auf Schulen, Kitas, Seniorenheime, Krankenhäuser und Bibliotheken zu und stellen ihr Projekt genauer vor. Daraus soll ein Pool an Vorlesepaten und Vorlesestätten entstehen.

Nächste Schritte geplant

Neben dem Mentoring-Projekt möchte das Netzwerk junge Leser für ihre Sache gewinnen, z.B. diejenigen, die bei Vorlesewettbewerben mitmachen. Auch wenn sie nicht gewinnen, steckt in vielen Teilnehmern großes Potential.



NEUES AUS DEM VOGTLAND

Junior-Botschafterin: Magwas schickt junge Vogtländerin in die USA

Im Rahmen des 36. Parlamentarischen Patenschafts Programms (PPP) nominiert Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas Tabea Gietzel für ein Stipendium in den USA.

Bye bye Vogtland, hello America – heißt es bald für Schülerin Tabea Gietzel aus Adorf. Die Vogtländerin wurde von Bundestagsabgeordneter Yvonne Magwas für das Austauschprogramm des Deutschen Bundestages und des US-Congress ausgewählt. Für zehn Monate wird die 15-Jährige eine High-School besuchen und bei einer Gastfamilie leben. Insgesamt reisen 360 Schülerinnen und Schüler sowie junge Auszubildende zum Austausch in die Vereinigte Staaten.

Junior-Botschafterin: Die 15-Jährige hält während ihres Aufenthaltes Patin Yvonne Magwas auf dem Laufenden. Via Internet-Blog berichtet sie von ihren Abenteuern in Amerika

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Das Austauschprogramm leistet einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Verständigung zwischen Deutschland und Amerika.“*

Verbesserung der Beziehungen

Vor Ort sollen die jungen Menschen kulturelle Gemeinsamkeiten entdecken und Unterschiede kennenlernen. Tabea freut sich besonders auf die Traditionen amerikanischer Feiertage und die Möglichkeiten des dortigen Schulsystems. Im Sommer geht es los. Wo genau Tabea hinkommt, steht noch nicht fest. Als Patin wird Yvonne Magwas Kontakt zu ihr halten und Ansprechpartnerin bei Problemen oder Fragen sein. „Das Austauschprogramm leistet einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Verständigung zwischen Deutschland und Amerika. Ich bin mir sicher Tabea wird unser Vogtland sehr gut repräsentieren“, so die Bundestagsabgeordnete.

SOZIALE MEDIEN

@ Facebook | @ Twitter | @ Instagram

6. März 2019:
Ein starker Auftritt von Oberbürgermeister Mario Horn und Ministerpräsident Michael Kretschmer heute bei BANG Kransysteme GmbH & Co KG. #vogtlandregionmitzukunft

6. Februar 2019:
Zu Besuch bei einem weiteren hidden champion des Vogtlandes. In Pausa-Mühltroff befindet sich mit der Firma PONGS einer der weltweit führenden Hersteller von technischen Textilien und textilen Digitaldruckmedien. Ein Unternehmen mit traditionellen Wurzeln, viel Innovation und Entwicklung. Das ist bewusste Entscheidung für den ländlichen Raum. #regionmitweitblick

5. Februar 2019:
Rede und Antwort stand ich heute den Schülerinnen und Schülern der 9. Klasse der Oberschule Netzschkau. Ihr wart gut vorbereitet, hat Spaß gemacht :)

VOR ORT

Yvonne Magwas unterwegs

In den Nichtsitzungswochen des Bundestages bin ich im Vogtland unterwegs, um mit den Menschen vor Ort zu sprechen. In den vergangenen Wochen war ich u.a. bei folgenden Terminen im Vogtland:

- Firmenbesuch der Metallbau Weischlitz GmbH
- Gesprächstermin mit der Fördergesellschaft für berufliche Bildung Plauen-Vogtland in Plauen
- Bürgersprechstunde in Plauen
- Treffen mit der Freiwilligen Feuerwehr Rebesgrün
- Vorstandswahl des Evangelischen Arbeitskreises Vogtland in Plauen
- Gesprächstermin mit der AWO-Auerbach
- Eröffnung der Aula des Diesterweg Gymnasiums Plauen
- Lesevergnügen in der Grundschule Mylau
- Jurymitglied beim Vorlesewettbewerb-Kreisentscheid in Auerbach
- Kreisparteitag der CDU Vogtland in Reichenbach
- Gesprächstermin mit dem Jobcenter Vogtland

PERSÖNLICH

Bürgersprechstunde

Die Bundestagsabgeordnete ist derzeit im Mutterschutz. Die Büros sind dennoch besetzt und nehmen Ihre Anfragen entgegen. Gern können Sie uns auch schriftlich Ihre Anfragen zukommen lassen. Persönliche Termine mit der Abgeordneten sind im Juni wieder möglich.

Sie erreichen uns unter der Nummer **03744/3649828** oder per E-Mail unter **yvonne.magwas.ma06@bundestag.de**.

IMPRESSUM

Yvonne Magwas MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22775637 · **Fax:** 030 2277663
E-Mail: yvonne.magwas@bundestag.de
www.magwas.de

Bild-und Quellen-Nachweise:
S.1: Tobias Koch, Christiane Lang; S.4/6: Mohamed Hassan, PliXS; S.11: Bildstelle des Deutschen Bundestages; S.12: CDU Deutschlands/ Dominik Butzmann; S.15: Canva; S.16: Laurence Chapero, S.17: CDU Vogtland

CDU